Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 38 (2011)

Heft: 3

Artikel: Die Schweizer Parteien und das Geld : die Wahlen heizen die Debatte über das Geld in der Politik an

Autor: Lenzin, René

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909597

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Wahlen heizen die Debatte über das Geld in der Politik an

Mehr Transparenz bei der Finanzierung von Parteien und Abstimmungskampagnen verlangen linke Parteien, verschiedene Experten und internationale Organisationen. Bisher hat die Mehrheit des Parlaments aber alle Vorschläge dazu abgelehnt. Nun sollen Volksinitiativen dem Anliegen zum Durchbruch verhelfen. Von René Lenzin

«Der teuerste Wahlkampf aller Zeiten»: So titelten die Schweizer Zeitungen zu Beginn dieses Jahres, als einige Parteien ihre Budgets für die eidgenössischen Wahlen dieses Herbstes bekannt gaben. Die Christlichdemokraten (CVP) sprachen von drei Millionen Franken, dreimal mehr als bei den letzten Wahlen von 2007. Bei den Freisinnig-Liberalen (FDP) waren es 2,6 Millionen, aus denen inzwischen bereits über drei Millionen geworden sind. Für «einen erkennbaren Auftritt wären acht Millionen erforderlich», sagte Vincenzo Pedrazzini als Wahlkampfleiter der FDP, fünf Millionen seien das absolute Minimum. Bei diesen Summen handelt es sich allerdings nur um die Budgets der nationalen Parteien. Dazu kommen die Ausgaben ihrer kantonalen Sektionen sowie der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten.

Wie viel die Parteien insgesamt ausgeben werden, weiss niemand genau. Für die Wahlen von 2007 schätzten Experten die gesamten Wahlkampfkosten auf rund 50 Millionen Franken. Für dieses Jahr gehen sie von einem mindestens doppelt so hohen Betrag aus. Damit ist die Schweiz zwar immer noch weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt, wo allein für den Präsidentschaftswahlkampf Hunderte von Millionen US-Dollar fliessen. Aber auch hierzulande steigen die Kosten des Politmarketings stetig an – und mit ihnen der Ruf nach mehr Transparenz bei der Herkunft der Gelder. Denn auch bei der Offenlegung von politischen Spenden ist die Schweiz weit von international gültigen Standards entfernt.

Bekannt sind nur die Fraktionsbeiträge

Mit ihren Mitgliederbeiträgen können die Parteien keine Wahl- und Abstimmungskämpfe finanzieren, da kommt viel zu wenig Geld in die Kassen. Das gilt auch für Sozialdemokraten (SP) und Grüne, die stärker auf diese Einnahmequelle angewiesen sind als die bürgerlichen Parteien. Sie verpflichten daher ihre Vertreter in bezahlten Regierungsämtern zu Abgaben an die Parteikasse. Für Kampagnen sind alle Parteien zur Hauptsache auf Spenden angewiesen. Deren Herkunft bleibt mangels Deklarationspflicht jedoch weitgehend im Dunkeln. Etwas Transparenz herrscht einzig bei den staatlichen Beiträgen an die Fraktionen der eidgenössischen Räte. Jede Gruppierung, die im National- oder im Ständerat über mindestens fünf Sitze verfügt, erhält einen jährlichen Grundbetrag von 144 500 Franken und zusätzlich 26 800 Franken pro Mitglied. Das Total dieser Zuschüsse ist kürzlich von knapp 5 auf rund 7,3 Millionen pro Jahr erhöht worden.

In den vergangenen Jahren hat es mehrere Versuche vor allem aus links-grünen Kreisen gegeben, mehr Transparenz in die Parteienfinanzierung zu bringen. Gefordert wurde etwa, dass Parteien und Abstimmungskomitees die Herkunft ihrer Spenden ab einer gewissen Höhe deklarieren müssen. Oder dass mit staatlichen Zuschüssen belohnt wird, wer die Namen seiner Spender bekannt gibt. Oder dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre persönlichen finanziellen Verhältnisse offenzulegen haben. Die Verfechter dieser Vorstösse stören sich insbesondere an Spenden der Wirtschaft, die in der Regel nur an bürgerliche Parteien gehen. Mächtige Lobbys wie die Banken oder die Pharmaindustrie nähmen so ungebührlichen Einfluss auf die Politik, sagen SP und Grüne.

Störend finden sie auch die finanziellen Möglichkeiten der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Diese verfüge für die Wahlen über dreimal mehr Geld als alle andern Parteien zusammen, monieren Kritiker – Geld, das schwerreiche SVP-Mitglieder in die Kampagnen stecken. Zwar lassen sich diese Angaben nicht überprüfen, weil die SVP keinen Einblick in ihre Kampagnenbuchhaltung gewährt. Aber sie dürfte für Abstimmungskämpfe wie bei der Minarett- oder der Ausschaffungsinitiative tatsächlich Mittel zur Verfügung gehabt haben, wie sie sonst nur der potente Wirtschaftsdachverband Economiesuisse aufbringen kann.

Mehr Transparenz sei unabdingbar für eine funktionierende Demokratie, sagen die Befürworter der Offenlegungspflicht. Nur wenn die Stimmberechtigten wüssten, woher das Geld für Kampagnen komme, verfügten sie über umfassende Informationen für ihre Meinungsbildung. Häufig ist die Forderung nach Transparenz verknüpft mit dem Wunsch nach staatlicher Parteienfinanzierung, wie sie viele westliche Länder kennen. Mit Beiträgen der öffentlichen Hand liessen sich die unterschiedlich hohen Spendeneingänge ausgleichen und die Chancengleichheit im politischen Wettbewerb erhöhen, heisst es. Es sind jedoch genau solche staatlichen Beiträge, welche den Gegnern von mehr Transparenz als Hauptargument dienen. Eine Offenlegungspflicht verletze nicht nur die Privatsphäre von Spendern und führe zu einer Verminderung ihrer Zuwendungen, sie laufe zwangsläufig auch auf staatliche Unterstützung der Parteien hinaus, was mit dem bewährten schweizerischen Milizprinzip nicht vereinbar sei, sagen sie. Auch wenn es im bürgerlichen Lager durchaus Kritik an der weitgehenden Intransparenz gibt, sind mit diesem Argument bisher sämtliche Anläufe für etwas Licht im Dunkel der Parteienfinanzierung abgeblockt worden.

Internationale Kritik

Die mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung trägt der Schweiz regelmässig Kritik von internationalen Gremien ein. Damit setze sich unser Land dem Verdacht der Korruption aus, bemängeln die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder die Nichtregierungsorganisation Transparency International. Aber ist das Schweizer Politsystem tatsächlich korrupt? Das Problem sei, «dass man diese Frage wegen mangelnder Transparenz nicht beantworten kann», sagt Martina Caroni, Professorin für öffentliches Recht an der Universität Luzern. Sie glaube, die Schweizer Politik sei nicht korrupt, aber beeinflussbar. Dadurch gehe das Grundvertrauen in ein funktionierendes System verloren: «Beim Stimmbürger macht sich das Gefühl breit, dass man der Politik nicht trauen kann, weil sie eben beeinflussbar ist», sagt Caroni.

Handlungsbedarf scheint auch die kürzlich gewählte Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) erkannt zu haben. Sie ist als Justizministerin für solche Fragen zuständig. Als Parlamentarierin hatte sie die Forderung ihrer Partei nach mehr Transparenz stets unterstützt. Allerdings hat sich der Gesamtbundesrat bisher gegen eine Offenlegungspflicht ausgesprochen. Daher agiert Sommaruga vorsichtig und hat zunächst einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben, das ausländische Modelle der Parteienfinanzierung vergleichen wird.

Schneller vorwärts machen zwei Komitees, welche die Transparenz mit Volksinitiativen einfordern wollen. Da ist zum einen der 31-jährige SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der beabsichtigte, alle Parlamentarier zur Offenlegung ihrer Einkünfte und Geschenke zu zwingen. Auf Druck seiner Partei, die sich bisher jeglicher Transparenz verweigert hat, beschränkt sich Reimann nun zwar auf Nebeneinkünfte und Geschenke, die im Zusammenhang mit dem politischen Mandat stehen. Aber an der grundsätzlichen Forderung nach mehr Transparenz hält er als Vertreter der «Facebook-Generation» fest. Unterstützung erhält er auch aus andern Jungparteien.

Gleich einen ganzen Strauss von Initiativprojekten haben zum andern die beiden SP-Nationalräte Andreas Gross und Andi Tschümperlin lanciert. Sie wollen dem Volk mehrere Varianten vorlegen, um die Erfolgschancen für die Abstimmung zu erhöhen. Eine Minimalvariante sieht eine Offenlegungspflicht bei Spenden ab einer gewissen Höhe vor. Eine zweite Variante würde diese Pflicht mit einer Spendenobergrenze für Einzelpersonen und Firmen ergänzen. Die dritte Variante setzt auf Anreize und belohnt Parteien und Komitees mit staatlichen Beiträgen, wenn sie die Herkunft ihrer Spenden offenlegen. Die vierte Variante schlägt schliesslich eine staatliche Parteienfinanzierung vor: Parteien, die ihre Buchhaltung offenlegen und über mindestens einen Sitz im Nationalrat verfügen, erhielten jährlich einen oder zwei Franken pro Wählerstimme. Bis im Spätsommer wollen Gross und Tschümperlin ein überparteiliches Komitee auf die Beine gestellt, den Initiativtext bereinigt und die Unterschriftensammlung lanciert haben.

Geld ist nicht alles

Die Absicht der beiden Sozialdemokraten ist klar: Sie wollen in der heissen Phase des Wahlkampfs auf die aus ihrer Sicht problematische Intransparenz und die finanzielle Übermacht der SVP aufmerksam machen. Tatsächlich setzt die Volkspartei die Messlatte hoch an und treibt die anderen Parteien zur Erhöhung ihrer Budgets. Auch die Grünen, die für den diesjährigen Wahlkampf drei- bis viermal mehr ausgeben möchten als 2007. Mit 100 000 bis 200 000 Franken ist das Budget der nationalen Partei allerdings immer noch sehr bescheiden.

Gerade die jüngsten Erfolge der Grünen – und auch der Grünliberalen – zeigen, dass Geld in der Politik nicht alles ist. Bei Wahlen gewinnt, wer zur richtigen Zeit die richtigen Antworten gibt oder einfach auch nur im Trend ist. Dass sich politische Erfolge nicht einfach kaufen lassen, beweisen auch Abstimmungen wie diejenigen über die Verwahrungs- oder die Verjährungsinitiative: Beide Begehren waren von Bürgerkomitees lanciert worden, die weder über bedeutende finanzielle Mittel noch über professionelle Strukturen verfügten, die mit ihren Anliegen aber offenbar den Nerv der Zeit getroffen haben.

Vor allem bei knappen Abstimmungsausgängen kann das Geld aber natürlich trotzdem den Ausschlag über Sieg und Niederlage geben. Und bei Wahlen wird es zwar nicht die allgemeinen Trends bestimmen, aber zumindest deren Ausschläge beeinflussen können. «Würden wir über das Budget der SVP verfügen, könnten wir jeweils zwei bis drei Prozent mehr Wähleranteile für uns gewinnen», sagt Ueli Leuenberger, der Präsident der Grünen. Mit den Sozialdemokraten will er nun wenigstens dafür sorgen, dass die Stimmbürger wissen, woher die SVP ihr Geld hat. Kommen die geplanten Volksinitiativen zustande, werden ebendiese Stimmbürger entscheiden, ob sie das wirklich wissen wollen.